

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis:
Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 66.

Dienstag, 22. März 1910, abends.

63. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in Riesa 2 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger bei Post 3 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der Postanstalten 1 Mark 60 Pfg., durch den Briefträger bei Post 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Kassestunden für die Nummer des Tagesblattes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Rotationsdruck und Verlag von Zanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Seitens der Riesauer Elbhafen-Vereinsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Leipzig ist hier um die Erlaubnis zu einer Regulierung und zweimaligen Ueberbrückung der Mühlgräben nachgefragt worden. Die Regulierung soll von den Flurstücken Nr. 306 und 307 des Flurbuchs für Gröba an abwärts erfolgen.

Die zur Beurteilung dieser besonderen Wasseranlage erforderlichen Zeichnungen und Erläuterungen liegen bei der unterzeichneten Verwaltungsbehörde zur Einsichtnahme aus, bei der auch Einwendungen gegen das Projekt binnen 2 Wochen gemäß § 33 des Wassergesetzes anzubringen sind. Beteiligte, die sich innerhalb dieser Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der unterzeichneten Behörde vorzunehmende Regelung.

Großenhain, den 22. März 1910.

561 J. Die Königl. Amtshauptmannschaft als Wasseramt.

Auf Grund der Bestimmungen unter 1 3 a und 1 3 letzter Absatz der Bekanntmachung des Reichsanzeigers vom 4. März 1896, den Betrieb von Mühlen und Molkereien betreffend, wird hiermit Ueber- oder Nacharbeit in den hiesigen Mühlen und Molkereien, auf die jene Bekanntmachung Anwendung findet, für das Jahr 1910 an folgenden Tagen für zulässig erklärt:

a. 24. und 26. März (Ostern)

b. 12., 13. und 14. Mai (Pfingsten)

c. 13., 14., 15., 16., 17., 19., 20., 21., 22. und 23. Dezember (Weihnachten).

Hierüber sind wir in der Lage, an 5 weiteren Tagen zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen Gelegenheiten hervortretenden Bedürfnisses Ueber- und Nacharbeit auf besonderes Ansuchen für zulässig zu erklären.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. März 1910.

Dr. Schneider, Bürgermeister.

615.

Bekanntmachung.

In dem zum Vermögen des Käsefabrikanten-Inhabers Paul Urban in Gröba eröffneten Konkursverfahren soll die Schlussverteilung erfolgen. Verfügbar sind 355 M. 28 Pfg., wovon die Kosten des Verfahrens zu kürzen sind. Bei der Verteilung sind 89 M. bevorrechtigte und 5417 M. 59 Pfg. nichtbevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Ein Verzeichnis dieser Forderungen liegt auf der Gerichtsschreiberei des Königl. Amtsgerichts Riesa aus.

Riesa, den 22. März 1910.

Der Konkursverwalter.

Rechtsanwalt Rippendorf.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 22. März 1910.

— Vor einem nur kleinen Zuhörerkreis sprach gestern abend im Hotel „Wettiner Hof“ der frühere antisemitische Reichstagsabgeordnete Ahlwardt über: „Das wahre Wesen des Jesuitentums“. Trotz seiner 68 Jahre versteht es Ahlwardt noch immer, seine Zuhörer zu fesseln, und wie er einst weite Kreise für seine antisemitischen Ideen zu gewinnen wußte, so wird es ihm dank seiner Redegabe auch jetzt, da er gegen die Jesuiten zu Felde zieht, nicht an Erfolg fehlen. Zwei Fragen, so begann Ahlwardt seinen Vortrag, begleiten uns durch unser ganzes Leben: die Frage des Geistes und die soziale Frage. Der Begründung dieser Fragen hat Ahlwardt sein ganzes Leben gewidmet und er erblickt die Lösung der Geistesfrage in der Begründung einer erhöhten Wahrheit, bei der Gemüt und Verstand gleichermaßen ihre Befriedigung finden; für die soziale Frage gibt es für ihn keine andere Lösung als die Verwirklichung der Reichsbank in ein wirkliches nationales Spar- und Kreditinstitut unter der Garantie des Reichs. Nach dieser etwa einständigen Einleitung, mit der Ahlwardt zeigen wollte, wohin der Weg zu gehen habe, damit Ruhe und Glück auf der Welt einströmen, kam er auf den Kernpunkt seiner Ausführungen „Das wahre Wesen des Jesuitentums“ zu sprechen. Nach Ahlwardt ist im Jesuitenorden das gesamte Uebel der Welt konzentriert. Der Orden strebe darnach, aus der großen Menschenmasse eine einzige große Herde zu machen, für sich dagegen nehme der Orden die Wissenschaft in Anspruch und suche den gesamten Besitz in seinen Händen zu konzentrieren. Ahlwardt erzählte sodann, wie er den Jesuitenorden kennen gelernt habe, wie er, ohne es zu wissen und zu wollen, im Dienste des Ordens gearbeitet und wie die deutschen Juden, durch Ahlwardts Angriffe eingeschüchert, mit dem Jesuitenorden Frieden geschlossen hätten. Seine weiteren Ausführungen galten sodann der geistigen Macht der Jesuiten und der Ueberschwemmung und Anechtung Deutschlands mit jesuitischem Kapital. Im zweiten Teil seines Vortrages, der dem Wesen für die im ersten Teil gegen die Jesuiten gerichteten Angriffe dienen sollte, verlas Ahlwardt u. a. einige Schriftstücke, die das Wesen des Jesuitentums kennzeichnen und zugleich dartun sollten, daß dieses jedes Mittel recht ist, um zu Macht und Einfluß zu gelangen. Schiller, der ebenso wie Goethe dem

Orden angehört habe, sei, als er sich mit seinem „Zell“ gegen die internationalen Bestrebungen des Ordens aufgestellt habe, durch Gift beseitigt worden. Die Bemerkung, daß er will Ahlwardt durch ein im Dresdener Ahrnermuseum aufgefundenes Dokument erhalten haben. Auch Bessing und Wagner seien keines natürlichen Todes gestorben. Sensationell wirkten im zweiten Teil noch die Ausführungen Ahlwardts über die Verleumdung der Jesuiten, die deutschen Fürstentümer und auch den Kaiser unter ihren Einfluß zu bringen. Den Ratgebern des Kaisers, die sich dem widersetzten, würde nach dem Leben gestrichelt (von Sülzen, der in Donauwörthingen starb), oder sie würden auf nichtsanftmütige Weise verfolgt (Fürst Gulemburg). Maximilian Harden, der Schriftsteller Karl May, Graf Hoensbroech und der Fürst zu Fürstberg, der den Kaiser jetzt überall hin begleitet, seien verkappte Jesuiten. Den Einfluß des Jesuitentums zu bekämpfen, dazu sei jetzt in Dresden der Freideutsche Bund gegründet worden. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. — Ahlwardt glaubt an den Erfolg der von ihm vertretenen Sache und hofft, daß er am Vorabend seines Lebens noch etwas bedeuten werde.

— Am 17. März beschäftigte der Bundes-Verein Handwerksmeister Bädergehilfen Riesa und Umgegend in Gemeinschaft mit dem Oschager Bruderverein die Gießfabrik von Braunsch, A.-G., Dresden, Friedrichstr. Die Teilnehmer wurden von Herrn Direktor Werner freundlich begrüßt, unter dessen Führung sodann die Besichtigung der umfangreichen Anlagen begann. Mit Interesse wurden die Einrichtungen der Fabrik, die ja alle darauf hinauslaufen, bei Erzeugung eines äußerst triebkräftigen Fabrikates eine möglichst große Hebeausbeute zu erzielen, in Augenschein genommen. Herr Direktor Werner ließ nach beendigtem Rundgang jedem der Teilnehmer ein Fäßchen feinsten alten 1860er Kornbrandwein als Andenken überreichen und schließlich vereinigte man sich im Fabrikrestaurant zu einem von der Firma in liebenswürdiger Weise gespendeten Imbiß, bei dem der Firma und Herrn Direktor Werner der Dank der Teilnehmer für das bewiesene Entgegenkommen ausgesprochen wurde.

— Wiederholt ist wahrgenommen worden, daß Kinder an dem fertiggestellten Teile der neuen Vorrichtung die eisernen Dreieck in die Höhe gehoben und dann in die Schlenze eingeklagen sind. Die Eltern sollen auf die Gefahr, der ihre Kinder dadurch ausgesetzt sind,

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Juweliers Edmund Wally Herwit in Riesa soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 1634,02 M. verfügbar, wovon die Kosten des Verfahrens noch zu kürzen sind. Zu berücksichtigen sind 102,10 M. bevorrechtigte und 11304,28 M. nichtbevorrechtigte Forderungen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Kgl. Amtsgerichts Riesa aus.

Riesa, den 22. März 1910.

Der Konkursverwalter.

Pietzschmann, Notar.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungsteuer-Einschätzung bekannt gemacht worden sind, werden nach § 46 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 28 Abs. 2 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1903 die Beitragspflichtigen, denen die Steuerzettel nicht behändigt werden konnten, aufgefordert, sich bei der Ortsbehörde zu melden.

Ränckrich, am 21. März 1910.

Der Gemeindevorstand.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungsteuer-Einschätzung bekannt gemacht worden sind, werden nach § 46 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 2 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1903 die Beitragspflichtigen, denen die Steuerzettel nicht behändigt werden konnten, aufgefordert, sich bei der Ortsbehörde zu melden.

Sobersen und Bessa, den 21. März 1910.

Der Gemeindevorstand.

Die Hofschranke Nr. 10, lautend auf Emil Wende, Schriftsetzerlehrling, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Ränckrich, den 21. März 1910.

Der Gemeindevorstand.

Soldatenverigerung auf Warbäcker Staatsforstrevier

im Forstrevier „Sachsenhof“ zu Riesa.

Mittwoch, den 30. März 1910, von vorm. 1/10 Uhr an: 60 Ht. und 704 m. Stämme, 273 Ht. und 9800 m. Röhler, 335 m. Erb- und 60 m. Reisfängen sowie
Donnerstag, den 31. März 1910, von vorm. 1/10 Uhr an: 225 m H. und 63 m m. Brennholz, 2,5 m H. und 90,5 m m. Brennholz, 148,5 m H. Faden, 276,5 m m. Kette, 2710 Geb. H. und 16940 Geb. m. Brennholz und 872 m m. Stöße — aufbereitet in den Abt. 58, 62—66, 70, 71, 87, 95, 96 und 98.

Am 24. d. Mts. 10^{Uhr} wird auf dem Hofe der Kaserne der 2. Abteilung 6. Feldartillerie-Regiments Nr. 68 ein für den Militärdienst ungeeignetes Remontepferd versteigert.

aufmerksam gemacht. Eine eindringliche Verwarnung der Kinder würde sehr am Plage sein.

— Das „Dresdner Journal“ schreibt: Die Fachschrift eines technischen Fachmanns an die „Leipziger Renschen Nachrichten“ beleuchtet den Artikel des „Dresdner Journal“ vom 10. Februar 1910 über die Ausbildung der Verwaltungsbeamten, um die Unzulänglichkeit juristischer Bildung und die Notwendigkeit der Berufung von Technikern zu Verwaltungsbeamten nachzuweisen. Diesen Gegenstand hat der nur eine Darstellung tatsächlicher Verhältnisse gebende Artikel überhaupt nicht berührt, es scheint daher nicht zulässig, aus der Darstellung Schlüsse darüber zu ziehen, ob Juristen oder Techniker zur Berufung als Verwaltungsbeamte geeigneter seien. Ueber das Maß der sachlichen Kritik geht es aber hinaus, wenn wegen der Anordnung, der im Vorbereitungsdiens befindliche Assessor solle von den Geschäften der Hilfsarbeiter möglichst freigestellt werden, gefragt wird, wie sollten da die Geschäfte der Amtshauptmannschaften erledigt werden, da sei gewiß eine Uebersahl von Juristen da. Die Fachschrift überfließt, daß zur Erledigung der Geschäfte der Amtshauptmannschaften eben die juristischen Hilfsarbeiter da sind, daß aber die im Vorbereitungsdiens befindlichen Assessoren zu den Geschäften der Hilfsarbeiter möglichst nicht herangezogen werden sollen. Daraus, daß großer Wert auf die praktische Ausbildung der Verwaltungsbeamten gelegt wird, kann unmöglich auf eine Zurücksetzung der Techniker geschlossen werden. Die Lösung derartiger Fragen liegt auf einem ganz anderen Gebiete, mit dem sich ein Aufsatz über die Ausbildung der Verwaltungsbeamten weder befassen konnte noch wollte.

— Der zweite Deutsche Städtetag 1908 hat den Vorstand beauftragt, die Frage der besseren Gestaltung des kommunalen Kredits zu prüfen und darüber dem nächsten Städtetag Bericht zu erstatten. Die vom Vorstand des Städtetages hierfür eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Schömann hat Dr. Deutler in Dresden hat sich eingehend in mehreren Sitzungen mit dieser für die deutschen Städte außerordentlich wichtigen Frage beschäftigt. Die Frage, auf welchem Wege die Kreditbedürfnisse der deutschen Städte zu befriedigen sind, ist noch unentschieden. Gegen den Vorschlag, ein Zentralfinanzinstitut für das gesamte deutsche Städtegebiet zu beschaffen, haben sich lebhafteste Bedenken geltend gemacht, insbesondere von Seiten der Vertreter der Großstädte. Das